



Treffen der Präsidenten Bill Clinton und Hafez el Assad in Genf (15./16. Januar 1994),  
Unterstützungsgesuch der Genfer Regierung im Sicherheits- und Logistikbereich

---

Aufgrund des Antrags des EDA vom 23.12.1993  
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Dem Unterstützungsgesuch der Genfer Regierung wird grundsätzlich stattgegeben.
2. Den Behörden der Republik und des Kantons Genf werden zur Verstärkung und Entlastung ihrer eigenen Polizeikräfte folgende militärische Verbände zur Verfügung gestellt:
  - Das Infanterieregiment 31 (-), TG
  - Teile des Flughafenbataillon 1, GE
  - Ein Detachement des Grenzwachtkorps
  - Ein Detachement zur radargestützten Luftraumüberwachung
  - Ein Detachement Leichtflieger
  - Teile des Stabes Territorialzone 1 und des Territorialkreises 14
3. Dem Gesuch der Behörden der Republik und des Kantons Genf um unentgeltliche Zurverfügungstellung von Armeematerial wird entsprochen.
4. Für die unter Ziffer 2 aufgeführten Verbände erfolgt der Einsatz unter dem Titel des Ordnungsdienstes bzw. des aktiven Dienstes nach den Artikeln 195 und 196 der Militärorganisation. Massgebend sind ferner die Bestimmungen der Verordnung vom 17.1.1979 über den Truppeneinsatz für den Ordnungsdienst (SR 121). Die Dauer des Ordnungsdienstes bzw. des aktiven Dienstes ist auf das zeitlich Notwendige zu beschränken und an die Instruktionsdienstplicht anzurechnen.
5. Als Kommandant der Ordnungstruppen wird Divisionär André Liaudat, Kommandant der Territorialzone 1 (ab 1.1.94), bezeichnet.
6. Dem Gesuch des Kantons Genf um Verstärkung des Grenzwachtkorps durch Zollbeamte und Truppenteile wird stattgegeben.



7. Dem Ersuchen des Kantons Genf zur Verstärkung der eigenen Polizei durch Polizeikräfte der anderen Kantone wird entsprochen. Der Bundesrat lädt die Kantonsregierungen mit dem beiliegenden Schreiben (Beilage B des Antrages) ein, dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen.
8. Die vom Bund an die Kantone zu entrichtende Entschädigung für den interkantonalen Polizeieinsatz wird auf Fr. 200.-- pro Mann und Tag festgesetzt.
9. Die nachfolgend beschriebenen Lufträume werden für die Zivilluftfahrt für die Dauer vom 12. Januar 1994, 08.00 h UTC bis 16. Januar 1994, 20.00 h UTC wie folgt gesperrt:
- Betonpiste des Flughafens Genf-Autobahn bis Ausfahrt Divonne-Hermance-rechtes Seeufer-Einmündung Arve und Rhône-südwestliche Begrenzung des Flughafens, und zwar von Grund bis 1850 Meter über Meer.
  - Die VFR-Anflugrouten ECHO und SIERRA sowie die VFR-Abflugrouten ECHO, SIERRA-ECHO UND SIERRA sind aufgehoben.
- Ausnahmen:  
Für folgende Kategorien des Luftverkehrs ist die Benützung des Sperrgebietes gestattet:
- Flüge des Bundes
  - gewerbsmässige Linienflüge und Nichtlinienflüge
  - Nichtgewerbsmässige Flüge, die auf Gesuch vorgängig eine spezielle Bewilligung von der Direktion des Flughafens Genf erhalten haben.
10. Das EDA wird ermächtigt, zur Deckung der entstehenden Kosten einen Nachtragskredit mit gewöhnlichem Vorschuss zu beantragen.
11. Der Entwurf eines Antwortschreibens an den Staatsrat der Republik und des Kantons Genf (Beilage) wird genehmigt.
12. Mitteilung: An den Regierungsrat des Kantons Genf sowie an alle Kantonsregierungen, durch die Bundeskanzlei.

Für getreuen Protokollauszug:

*Maria Alo Müller*

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
X		EDA	10	—
		EDI		
	X	EJPD	5	—
	X	EMD	5	—
	X	EFD	7	—
		EVD		
		EVED		
		BK		
	X	EFK	2	—
	X	Fin.Del.	2	—



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN  
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES  
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

Präsidentialentscheid

An den Bundesrat

Bern, 23. Dezember 1993

**Treffen der Präsidenten Bill Clinton und Hafez el Assad in Genf  
(15./16. Januar 1994). Unterstützungsgesuch der Genfer Regierung im Sicherheits- und Logistikbereich**

**1. Ausgangslage**

Am Samstag/Sonntag, den 15./16. Januar 1994 findet in Genf auf Vereinbarung zwischen den Vereinigten Staaten und Syrien ein Treffen der Präsidenten Bill Clinton und Hafez el Assad statt. In diesem Zusammenhang hat die Kantonsregierung von Genf den Bund mit Schreiben vom 16. Dezember 1993 (Beilage) um Unterstützung bei der Gewährleistung von Sicherheit und Logistik ersucht. Die angebotenen Mittel sind nach eingehender Analyse als recht umfangreich und am oberen Limit zu beurteilen. Dies ergibt sich jedoch aus dem Umstand, dass zur Zeit noch offen ist, in welchen Lokalitäten die beiden Delegationen untergebracht werden, bzw. wo die Gespräche stattfinden werden. Je nachdem ob es mehrere Orte sein werden, sind entsprechend die Sicherheitsdispositive anzupassen, weshalb die vorliegende Anfrage von einer Maximalvariante ausgeht.

Ziel dieses Antrages ist es, den beteiligten Dienststellen die unverzügliche Aufnahme ihrer Arbeiten zu ermöglichen indem der Bundesrat hiermit grundsätzlich sein Einverständnis zur subsidiären Hilfestellung zugunsten des Kantons Genf erteilt.

Was die Kontakte des Bundesrates im Rahmen der Verhandlungen betrifft, werden wir Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt Antrag stellen.

**2. Truppeneinsatz**

**2.1. Truppen**

2.1.1. Folgende Truppenverbände und Verstärkungselemente sind dem Staatsrat des Kantons Genf zur Verfügung zu stellen:

- Das Infanterieregiment 31 (-), TG
- Teile des Flughafenbataillon 1, GE
- Ein Detachement des Festungswachtkorps
- Ein Detachement zur radargestützten Luftraumüberwachung
- Ein Detachement Leichtflieger
- Teile des Stabes Territorialzone 1 und des Territorialkreises 14

2.1.2. Die zur Verfügung zu stellenden militärischen Verbände dienen in erster Linie dazu, die Polizeikräfte durch Übernahme von Sicherungs- und Bewachungsaufgaben zu entlasten sowie die Verstärkung des Grenzwachtkorps sicherzustellen. Dadurch können sich die Polizeikräfte bzw. das Grenzwachtkorps vermehrt auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren.

2.1.3. Das Infanterieregiment 31 ist im Rahmen des Kurstableaus 1994 ohnehin als Bereitschaftsformation für dringende Bedürfnisse vorgesehen. Es befindet sich bereits im Dienst. Dieser dauert bis nach dem vorgesehenen Abschluss des Treffens. Das Regiment wird vor allem gewisse Aufgaben bei der Bewachung der Tagungsmöglichkeiten und die Verstärkung des Grenzwachtkorps übernehmen.

2.1.4. Dem Flughafenbataillon 1 wird der Schutz des Flughafens Genf-Cointrin übertragen, was seinem angestammten Auftrag entspricht. Es setzt sich aus orts- und sprachkundigen Wehrmännern zusammen. Bei diesem Bataillon handelt es sich um eine Alarmformation, die gestützt auf die Verordnung vom 25. März 1987 über die Dienstleistungen der Angehörigen des Flughafenregimentes 4 und des Flughafenbataillons 1 (SR 512.231) jederzeit jährlich zu ein- bis zweitägigen Alarmübungen aufgeboden werden kann.

Das Bataillon ist zur Zeit nicht im Dienst. Es muss somit aufgeboden werden. Die Dispensationsregelung richtet sich dabei nach der erwähnten Verordnung (Anspruch auf Dispensation von der Dienstleistung in begründeten Fällen). Dies wird die Auftragerfüllung des Bataillons nicht beeinträchtigen, da es einen ausreichenden Effektivbestand hat.

Gestützt auf den Entscheid des Bundesrates wird auch diese Formation für die Dauer des Treffens aktiven Dienst leisten.

2.1.5. Mit der radargestützten Luftraumüberwachung werden Teile des Luftraums kontrolliert. Beim Bundesamt für Zivilluftfahrt wird zu gegebener Zeit eine Sperrung des Luftraums (NOTAM) im Bereich der gefährdeten Objekte zu erwirken sein.

2.1.6. Die Teile der Stäbe Territorialzone 1 und Territorialkreis 14 werden zur Sicherstellung der Führungsbedürfnisse benötigt.

## 2.2. Rechtlicher Status der Truppenverbände

Gleich wie 1985 und 1988 sind die aufgeführten Truppenverbände nach den Artikeln 195 und 196 der Militärorganisation (MO) dem Statut des Ordnungsdienstes bzw. des aktiven Dienstes zu unterstellen. Diese Unterstellung ist zeitlich auf das Notwendige zu beschränken. Die Einzelheiten richten sich nach den Bestimmungen der Verordnung vom 17.01.1979 über den Truppeneinsatz für den Ordnungsdienst (VOD, SR 121). Der unter dem Titel des Ordnungsdienstes geleistete Militärdienst soll an die Instruktionsdienstpflicht angerechnet werden.

2.3. Als Kommandant der Ordnungstruppen ist Divisionär André Liaudat, Kommandant der Territorialzone 1 (ab 1.1.94), zu bezeichnen. Die Zustimmung von Herrn Staatsrat Ramseyer - im Namen der Genfer Behörden - wurde bereits vorsorglich mündlich eingeholt (Art. 3 VOD).

## 2.4. Armeematerial

Dem Begehren des gesuchstellenden Kantons zur unentgeltlichen Zurverfügungstellung von Armeematerial (Motorfahrzeuge, Geniematerial, Spezialmaterial der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen und des Festungswachtkorps u. a. m.) soll entsprochen werden.

## 2.5. Verstärkung der Grenzkontrolle

Dem Gesuch des Kantons Genf zur Verstärkung der Grenzschutzorgane durch Zollbeamte und durch Truppenteile soll entsprochen werden. Diese Massnahme ist zur Sicherstellung einer besseren Grenzkontrolle notwendig.

## 2.6. Finanzielle Auswirkungen

Die zusätzlichen Aufwendungen für militärische Massnahmen lassen sich mehrheitlich mit den dem EMD zur Verfügung stehenden regulären Finanzmitteln decken.

## 3. Verstärkung Sicherheit

Grundsätzlich sind die Genfer Behörden für die Durchführung der Sicherheitsmassnahmen zuständig. Gestützt auf die Bedrohungslage werden indessen die eigenen Polizeikräfte nicht ausreichen, um einen genügenden Schutz des Treffens zu bieten. Die Kantonsregierung ist deshalb mit Schreiben vom 16. Dezember 1993 an den Bundesrat gelangt und hat um Verstärkung der eigenen Sicherheits-

kräfte durch Einheiten der Armee, Angehörige des Festungswachtkorps und ausserkantonale Polizeikräfte ersucht.

### 3.1. Truppeneinsatz

Gemäss Punkt 2 des Antrages

### 3.2. Festungswachtkorps

Für eine reibungslose Zutrittskontrolle sollen der Genfer Polizei 50 Angehörige des Festungswachtkorps mit fünf Gepäckröntgenanlagen zur Verfügung gestellt werden. Dadurch können fünf Eingänge am Tagungsort (voraussichtlich CICG) geschaffen und kontrolliert werden. Eine solche Organisation kommt insbesondere den zahlreichen Journalisten (man rechnet mit 2000 - 3000) zugute und verhindert lange Wartezeiten.

Die Angehörigen des Festungswachtkorps werden als Beamte des Bundes der Genfer Polizei zur Zusammenarbeit zugewiesen. Sie werden unbewaffnet und in Zivilkleidung eingesetzt.

### 3.3 Beizug von ausserkantonalen Polizeikräften

In seinem Gesuch vom 16. Dezember 1993 beantragt die Regierung des Kantons Genf auch die Bewilligung eines interkantonalen Polizeieinsatzes. Sie ersucht den Bundesrat gestützt auf Art. 102 Ziff 8 - 10 BV um Verstärkung des eigenen Polizeikorps mit 250 ausserkantonalen Polizeibeamten. Das Gesuch ist auch in dieser Hinsicht berechtigt. Die Kantonsregierungen wären vom Bundesrat einzuladen, dem Kanton Genf die benötigte Anzahl Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen (Beilage). Das EJPD wird den Verteilschlüssel erstellen. Die kantonalen Polizeikommandi wurden bereits vorsorglich orientiert.

## 4. Einschränkung des zivilen Luftverkehrs

Zur Gewährleistung der Sicherheit des Präsidialtreffens müssen über und in der Umgebung des Konferenzortes besondere Massnahmen für die Benützung des Luftraumes durch Zivilluftfahrzeuge getroffen werden. Die Einzelheiten der zu verfügbaren Einschränkungen sind zwischen dem Kommando der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen und dem Bundesamt für Zivilluftfahrt abgesprochen worden. Die Rechtsgrundlage ist Artikel 7 des Luftfahrtgesetzes, wonach der Bundesrat mit Rücksicht auf die öffentliche Ordnung und Sicherheit oder aus militärischen Gründen die Benützung des schweizerischen Luftraumes oder das Überfliegen bestimmter Gebiete dauernd oder Zeitweise verbieten oder einschränken kann.

## **5. Finanzielles**

Die Kosten, welche durch die Truppenstellung anfallen, werden durch das ordentliche Budget des EMD gedeckt werden.

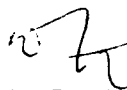
Für den zusätzlichen Aufwand hat der Kanton Genf ein provisorisches Budget in Höhe von rund 1,2 Millionen Franken erstellt. Wir können zum jetzigen Zeitpunkt dieses Budget nicht beurteilen, da eine Reihe von Detailinformationen noch ausstehend sind. Zudem ist in Betracht zu ziehen, dass der Bundesrat kürzlich die Grundentschädigung für solche Ereignisse für die Kantone Genf bzw. die Stadt Bern erhöht hat, mit der Anmerkung, dass solche Kosten dadurch abgegolten wären.

Die Auslagen für die interkantonalen Polizeikräfte belaufen sich auf Fr. 200.- pro Mann und Tag.

Der Eidgenossenschaft werden jedoch direkte Kosten durch die Teilnahme und die dafür notwendige Logistik vor Ort der Bundesratsvertreter im Rahmen allfälliger bilateraler Gespräche entstehen.

Wir schlagen Ihnen vor, die Frage der finanziellen Auswirkungen nach Vorliegen aller dafür notwendigen Informationen in einem separaten Antrag zu behandeln.

EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT  
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN



Flavio Cotti

### **Beilagen:**

- Beschlussdispositiv
- Brief der Genfer Regierung vom 16.12.1993
- Entwurf eines Antwortschreibens an den Staatsrat der Republik und des Kantons Genf
- Entwurf eines Schreibens an alle Kantonsregierungen zur Beteiligung am ausserkantonalen Polizeieinsatz

Au Conseil d'Etat de la République  
et Canton de Genève

1200 Genève

Rencontre Clinton / Assad

Fidèles et chers Confédérés,

Nous avons l'honneur de nous référer à votre lettre du 16 décembre 1993 concernant les mesures à prendre en relation avec la rencontre Clinton / Assad les 15 et 16 janvier 1994.

Nous vous confirmons que le Conseil fédéral a pris, en date du ....., la décision de faire appel aux Cantons pour la mise sur pied d'un renfort de 250 policiers confédérés.

.... (texte DMF et DFF)

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

3003 Berne,

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE  
Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération



An alle Kantonsregierungen

Getreue, liebe Eidgenossen

Wie Euch bekannt ist, werden am 15. und 16. Januar 1994 die Präsidenten Clinton und Assad in Genf zu Gesprächen zusammentreffen. Dieses Treffen bedingt umfassende Sicherheitsvorkehrungen.

Der Kanton Genf liess uns mit Schreiben vom 16. Dezember 1993 wissen, dass er für die Gewährleistung ausreichender Sicherheitsmassnahmen der Mithilfe von 250 ausserkantonalen Polizeibeamten (100 in Zivil und 150 in Uniform) bedarf. Die Anzahl der benötigten Beamten erklärt sich durch die Bedeutung der Teilnehmer sowie aus den dezentralisierten Bewachungsbedürfnissen.

Wir erachten das Gesuch Genfs als begründet und laden deshalb alle Kantonsregierungen ein, ihm zu entsprechen und dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Der Bund wird Euch die Kosten des Einsatzes auf der Basis eines Ansatzes von 200 Franken pro Mann und Tag vergüten.

Wir danken Euch für alle Hilfe und Solidarität in dieser Angelegenheit und benützen auch diesen Anlass, um Euch, getreue liebe Eidgenossen, samt uns, Gottes Machtschutz zu empfehlen.

3003 Bern,

IM NAMEN DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundespräsident

Der Bundeskanzler

A tous les gouvernements cantonaux

Fidèles et chers Confédérés,

Comme vous le savez, Messieurs Clinton et Assad se rencontreront à Genève les 15 et 16 janvier 1994. L'organisation de cette Conférence nécessite l'application de mesures de sécurité étendues.

Le 16 décembre 1993, le Canton de Genève nous a informés par écrit qu'il avait besoin de l'aide de 250 fonctionnaires de police (100 en civil et 150 en uniforme) d'autres cantons pour garantir l'application de mesures de sécurité suffisantes. Le nombre de fonctionnaires requis s'explique par la qualité des participants et l'obligation de procéder à des surveillances décentralisées.

Nous considérons la demande de Genève comme fondée. Par conséquent, nous invitons tous les gouvernements cantonaux à y répondre et à mettre à la disposition du Canton de Genève les forces de police nécessaires. La Confédération vous remboursera les frais de l'engagement sur la base d'une indemnité de 200 francs par homme et par jour.

Nous vous remercions de votre aide et de votre solidarité en l'occurrence et saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander, avec nous, à la protection divine.

3003 Berne,

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE  
Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération

Treffen der Präsidenten Bill Clinton und Hafez el Assad in Genf (15./16. Januar 1994),  
Unterstützungsgesuch der Genfer Regierung im Sicherheits- und Logistikbereich

---

Aufgrund des Antrags des EDA vom 23.12.1993  
Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

1. Dem Unterstützungsgesuch der Genfer Regierung wird grundsätzlich stattgegeben.
2. Den Behörden der Republik und des Kantons Genf werden zur Verstärkung und Entlastung ihrer eigenen Polizeikräfte folgende militärische Verbände zur Verfügung gestellt:
  - Das Infanterieregiment 31 (-), TG
  - Teile des Flughafenbataillon 1, GE
  - Ein Detachement zur radargestützten Luftraumüberwachung
  - Ein Detachement Leichtflieger
  - Teile des Stabes Territorialzone 1 und des Territorialkreises 14
3. Dem Gesuch der Behörden der Republik und des Kantons Genf um unentgeltliche Zurverfügungstellung von Armeematerial wird entsprochen.
4. Für die unter Ziffer 2 aufgeführten Verbände erfolgt der Einsatz unter dem Titel des Ordnungsdienstes bzw. des aktiven Dienstes nach den Artikeln 195 und 196 der Militärorganisation. Massgebend sind ferner die Bestimmungen der Verordnung vom 17.1.1979 über den Truppeneinsatz für den Ordnungsdienst (SR 121). Die Dauer des Ordnungsdienstes bzw. des aktiven Dienstes ist auf das zeitlich Notwendige zu beschränken und an die Instruktionsdienstplicht anzurechnen.
5. Als Kommandant der Ordnungstruppen wird Divisionär André Liaudat, Kommandant der Territorialzone 1 (ab 1.1.94), bezeichnet.
6. Dem Gesuch des Kantons Genf um Verstärkung des Grenzwachtkorps durch Zollbeamte und Truppenteile wird stattgegeben.

7. Dem Ersuchen des Kantons Genf zur Verstärkung der eigenen Polizei durch Polizeikräfte der anderen Kantone wird entsprochen. Der Bundesrat lädt die Kantonsregierungen mit dem beiliegenden Schreiben (Beilage B des Antrages) ein, dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen.
8. Die vom Bund an die Kantone zu entrichtende Entschädigung für den interkantonalen Polizeieinsatz wird auf Fr. 200.-- pro Mann und Tag festgesetzt.
9. Die nachfolgend beschriebenen Lufträume werden für die Zivilluftfahrt für die Dauer vom 12. Januar 1994, 08.00 h UTC bis 16. Januar 1994, 20.00 h UTC wie folgt gesperrt:
  - Betonpiste des Flughafens Genf-Autobahn bis Ausfahrt Divonne-Hermance-rechtes Seeufer-Einmündung Arve und Rhône-südwestliche Begrenzung des Flughafens, und zwar von Grund bis 1850 Meter über Meer.
  - Die VFR-Anflugrouten ECHO und SIERRA sowie die VFR-Abflugrouten ECHO, SIERRA-ECHO UND SIERRA sind aufgehoben.

Ausnahmen:

Für folgende Kategorien des Luftverkehrs ist die Benützung des Sperrgebietes gestattet:

- Flüge des Bundes
  - gewerbsmässige Linienflüge und Nichtlinienflüge
  - Nichtgewerbsmässige Flüge, die auf Gesuch vorgängig eine spezielle Bewilligung von der Direktion des Flughafens Genf erhalten haben.
10. Das EDA wird ermächtigt, zur Deckung der entstehenden Kosten einen Nachtragskredit mit gewöhnlichem Vorschuss zu beantragen.
  11. Der Entwurf eines Antwortschreibens an den Staatsrat der Republik und des Kantons Genf (Beilage) wird gutgeheissen.

Für getreuen Auszug,



- 2 -

Nous partons de l'idée que le coût de ces renforts, destinés à accomplir une tâche lui incombant, sera pris en charge par la Confédération, comme cela fut le cas précédemment en de telles circonstances et eu égard aux efforts importants accomplis par notre canton qui engage pour ledit événement le gros de ses effectifs de police, tout congé étant supprimé pour le Corps de la police de Genève.

De surcroît, des mesures de sécurité doivent être imposées aux participants à l'adite rencontre, y compris aux accompagnants et membres de la presse, etc., à savoir :

1. le port du badge, avec photographie, dès l'arrivée sur territoire genevois afin de permettre des contrôles efficaces tant aux lieux de résidences, qu'aux lieux de rencontre,
2. la fouille corporelle, celle des bagages, voire des véhicules, aux points de contrôle qui seront installés.

En outre, des contrôles plus sévères devraient être imposés aux passages-frontière, ainsi que dans les aéroports impliquant la fouille des personnes et des bagages, même pour les membres des corps diplomatiques et tout particulièrement pour l'immigration en provenance de pays à risque, selon l'appréciation des services de la Confédération compétents.

De plus, nous vous demandons de bien vouloir faire prononcer par l'autorité compétente, à savoir l'Office fédéral de l'aviation civile, une interdiction de survol des zones protégées à Genève, ainsi que la publication adéquate y relative (NOTAM), ceci pour toute la durée de la rencontre.

Nous souhaitons également que les délégations étrangères fassent l'objet d'une politique restrictive en matière d'octroi de permis de port d'arme aux agents de sécurité accompagnant les personnalités à risque. De même, un avis très clair devrait leur être communiqué, indiquant que toute personne recherchée en vertu d'un mandat international sera immédiatement interpellée, puis arrêtée ou refoulée.

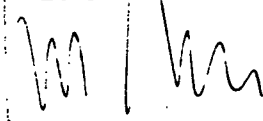
Nous souhaitons enfin que les moyens sollicités ci-dessus soient mis à notre disposition dans les délais et selon les modalités suivantes :

- a) les policiers confédérés, 2 jours avant le début de la conférence,
- b) la troupe, le détachement de renfort des gardes-frontière ainsi que le détachement des gardes fortifications, dans un dispositif opérationnel, 3 jours avant le début de la rencontre,
- c) les moyens supplémentaires en matériel, 5 jours avant le début de la rencontre.

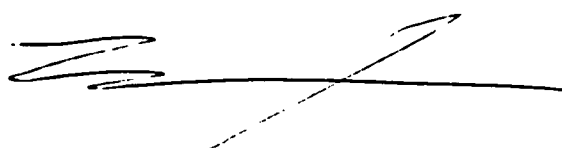
En vous sachant gré de l'accueil que vous ne manquerez pas de réserver à cette démarche, nous saisissons cette occasion, fidèles et chers confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

Le Chancelier



Le Président du Conseil d'Etat





EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT  
DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL  
DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE  
DEPARTAMENT FEDERAL MILITAR

CH-3003 Bern 23 décembre 1993

Ihr Zeichen  
Votre référence  
Vostro segno

Ihre Nachricht vom  
Votre communication du  
Vostre comunicazione del

Unser Zeichen  
Notre référence  
Nostro segno 642.6-011

Au Conseil fédéral

Ø 031

Co-rapport

relatif à la proposition du DFAE du 23.12.1993.

1. Nous sommes d'accord avec la proposition du DFAE sous les réserves suivantes:

1.1. page 3, chi. 2 de la proposition du DFAE

Compléter la première phrase comme suit:

"Gleich wie 1985 anlässlich des Treffens Reagan / Gorbatschow und 1988 anlässlich der Palästina-debatte sind die aufgeführten ....."

1.2. Dispositif de décision

Le chi. 2 de ce dispositif doit être complété, après la mention des éléments du bat aéroport 1, par le nouvel alinéa suivant:

"- un détachement du corps des gardes-frontières,  
- un détachement pour la surveillance ....."

2. Le complément sollicité sous chiffre 1.1. se justifie par un souci de clarté: la simple évocation de 1985 et 1988 sans aucune indication du contexte historique ne revêt aucune signification.

Le complément sollicité sous chiffre 2 figurait dans notre contribution de ce jour. Son absence dans le présent dispositif relève vraisemblablement d'un simple oubli.

DEPARTEMENT MILITAIRE FEDERAL  
p.o. Le Secrétaire général

H.-U. Ernst



# DER SCHWEIZERISCHE BUNDESRAT

## An alle Kantonsregierungen

Getreue, liebe Eidgenossen

Wie Euch bekannt ist, werden am 15. und 16. Januar 1994 die Präsidenten Clinton und Assad in Genf zu Gesprächen zusammen-treffen. Dieses Treffen bedingt umfassende Sicherheitsvorkeh-rungen.

Der Kanton Genf liess uns mit Schreiben vom 16. Dezember 1993 wissen, dass er für die Gewährleistung ausreichender Sicher-heitsmassnahmen der Mithilfe von 250 ausserkantonalen Polizei-beamten (100 in Zivil und 150 in Uniform) bedarf. Die Anzahl der benötigten Beamten erklärt sich durch die Bedeutung der Teilneh-mer sowie aus den dezentralisierten Bewachungsbedürfnissen.

Wir erachten das Gesuch Genfs als begründet und laden deshalb alle Kantonsregierungen ein, ihm zu entsprechen und dem Kanton Genf die benötigten Polizeikräfte zur Verfügung zu stellen. Der Bund wird Euch die Kosten des Einsatzes auf der Basis eines An-satzes von 200 Franken pro Mann und Tag vergüten.

Wir danken Euch für alle Hilfe und Solidarität in dieser Ange-legenheit und benützen auch diesen Anlass, um Euch, getreue liebe Eidgenossen, samt uns, Gottes Machtschutz zu empfehlen.

IM NAMEN DES SCHWEIZERISCHEN BUNDESRATES

Der Bundespräsident

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'G. Meyer', written over the text 'Der Bundespräsident'.

Der Bundeskanzler

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'M. Lehmann', written over the text 'Der Bundeskanzler'.

3003 Bern, 23. Dezember 1993





# LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

## A tous les gouvernements cantonaux

Fidèles et chers Confédérés,

Comme vous le savez, Messieurs Clinton et Assad se rencontreront à Genève les 15 et 16 janvier 1994. L'organisation de cette Conférence nécessite l'application de mesures de sécurité étendues.

Le 16 décembre 1993, le Canton de Genève nous a informés par écrit qu'il avait besoin de l'aide de 250 fonctionnaires de police (100 en civil et 150 en uniforme) d'autres cantons pour garantir l'application de mesures de sécurité suffisantes. Le nombre de fonctionnaires requis s'explique par la qualité des participants et l'obligation de procéder à des surveillances décentralisées.

Nous considérons la demande de Genève comme fondée. Par conséquent, nous invitons tous les gouvernements cantonaux à y répondre et à mettre à la disposition du Canton de Genève les forces de police nécessaires. La Confédération vous remboursera les frais de l'engagement sur la base d'une indemnité de 200 francs par homme et par jour.

Nous vous remercions de votre aide et de votre solidarité en l'occurrence et saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander, avec nous, à la protection divine.

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE

Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération

3003 Berne, 23 décembre 1993



## LE CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE

Au Conseil d'Etat de la République  
et Canton de Genève  
1200 Genève

Rencontre Clinton / Assad

Fidèles et chers Confédérés,

Nous avons l'honneur de nous référer à votre lettre du 16 décembre 1993 concernant les mesures à prendre en relation avec la rencontre Clinton / Assad les 15 et 16 janvier 1994.

Nous vous confirmons que le Conseil fédéral a pris, en date du 23 décembre 1993, la décision de mettre à votre disposition des troupes avec le matériel nécessaire au renfort de votre corps de police ainsi que du corps des gardes frontière et de faire appel aux Cantons pour la mise sur pied d'un renfort de 250 policiers confédérés, à la charge de la Confédération.

L'Office fédéral de l'aviation civile prendra les mesures nécessaires pour les restrictions du trafic aérien qui s'imposent.

Le Conseil fédéral a nommé M. le Divisionnaire André Liaudat, commandant de la zone territoriale 1 dès le 1er janvier 1994, comme commandant des troupes d'ordre.

Nous saisissons cette occasion, fidèles et chers Confédérés, pour vous recommander avec nous à la protection divine.

3003 Berne, le 23 décembre 1993

AU NOM DU CONSEIL FEDERAL SUISSE  
Le Président de la Confédération

Le Chancelier de la Confédération